



Dringliche Motion betreffs Leasing im Budget 2010

Der Gemeinderat sei zu verpflichten, künftige Leasinggeschäfte (insbesondere bei der Anschaffung von Fahrzeugen) dem Einwohnerrat als Verpflichtungskredit mittels Bericht und Antrag zur Genehmigung zu unterbreiten.

Begründung der Dringlichkeit:

Der Gemeinderat will zum zweiten Mal ein Polizeifahrzeug mittels Leasingvertrag und nicht mittels Kauf anschaffen, ohne dafür einen Verpflichtungskredit einzuholen. Zwar will der Gemeinderat gemäss Äusserung von Gemeinderat Anton Schürmann vom 24. August 2009 diese Ausgaben (wenigstens) im Voranschlag für das Jahr 2010 zeigen. Um das Geschäft zu retten, braucht es vor der Budgetierung dieser Ausgabe zwingend einen Verpflichtungskredit. Ohne Verpflichtungskredit darf das Leasing nicht in den Voranschlag aufgenommen werden.

Begründung der Motion:

Gemäss § 93 des Gemeindegesetzes müssen Ausgaben über einen längeren Zeitraum mittels Verpflichtungskredit beschlossen werden. Ein Leasingvertrag bedeutet, dass Geld über mehrere Jahre ausgegeben wird, d.h. nicht nur in einem einzigen Rechnungsjahr.

Bereits anlässlich der Abnahme der Rechnung 2008 wurde die Anschaffung von Fahrzeugen mittels Leasing im Einwohnerrat kritisiert. Leasing ist viel teurer als ein Kauf. Zudem verlangen die gesetzlichen Vorschriften, dass Anschaffungen, die Ausgaben in späteren Jahren nach sich ziehen, via Verpflichtungskredit vom Einwohnerrat zu beschliessen sind. Wenn schon Leasing, dann soll der Einwohnerrat das Geschäft umfassend beurteilen und diskutieren können. Nur mit Bericht und Antrag ist dies möglich. Im Rahmen der Diskussion über den Voranschlag ist es nicht möglich, ein Leasinggeschäft (Vertrag, Finanzierungsbedingungen, Anschaffungswert, Restwert etc.) seriös zu behandeln.

Wohlen, 31. August 2009

Urs Stäger, SVP Wohlen-Anglikon